

# Niederschrift PLBUA/VIII/3

Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde Rosendahl am 17.03.2010 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

## **Anwesend waren:**

### Der Ausschussvorsitzende

Schenk, Klaus

### Die Ausschussmitglieder

Espelkott, Tobias  
Kreutzfeldt, Klaus-Peter  
Lembeck, Guido  
Mensing, Hartwig

Als Vertreter für Herrn Gün-  
ter Riermann

Schaten, Peter  
Tendahl, Ludgerus

Als Vertreter für Herrn Leo  
Hemker

Weber, Winfried  
Wilde, Andreas

Als Vertreter für Herrn Alf-  
red Eimers

### Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef	Bürgermeister
Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Isfort, Werner	Kämmerer
Wellner, Norbert	Fachbereichsleiter
Wisner-Herrmann, Sabine	Schifführerin

### Als vortragender Gast zu TOP 7 ö.S.

Isfort, Willi

Sprecher der Anlieger und  
Anwohner der Schöppinger  
Straße

## **Es fehlten entschuldigt:**

### Die Ausschussmitglieder

Eimers, Alfred  
Hemker, Leo  
Riermann, Günter

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:45 Uhr

## Tagesordnung

Vor Sitzungsbeginn trafen sich die Ausschussmitglieder um 17:00 Uhr zu einer Ortsbesichtigung.

### Information über den Sanierungsbedarf von Wirtschaftswegen ( zu TOP 4 ö.S.)

Der Ausschuss besichtigte in Begleitung von Bürgermeister Niehues, Fachbereichsleiter Wellner und dem Leiter des Bauhofes, Herrn Averagesch, den Zustand von Wirtschaftswegen in den Ortsteilen Holtwick, Osterwick und Darfeld, deren Sanierung in 2010 erfolgen soll:

1. Klaas Brock im Ortsteil Holtwick (1.450 qm)
2. Napoleonsweg im Ortsteil Holtwick (1.750 qm), Ehrenmal Hegerort-Haberkamp K 34
3. Brookbauerweg im Ortsteil Osterwick (3.500 qm), von Wiechert bis Schulte
4. Brookbauerweg im Ortsteil Osterwick (600 qm), Anschluss an die K33
5. Zum Bülden im Ortsteil Osterwick (1.200 qm)
6. Tillyweg im Ortsteil Osterwick (2.150 qm), Wellenort bis Feldkamp
7. Netter Marktweg im Ortsteil Darfeld (1.920 qm)
8. Klosterweg im Ortsteil Darfeld (1.500 qm)
9. Baumbergerweg im Ortsteil Osterwick (2.100 qm)
10. Sundernstiege im Ortsteil Osterwick (1.600 qm), Merschformann – Abzweig Wösthoff

Fachbereichsleiter Wellner wies dabei auf die durch den strengen Winter entstandenen erheblichen Frostschäden hin.

Die oben genannten zehn Wege seien auf Grund der sehr hohen Verkehrsbelastung und ihrer Bedeutung als Schul- und Radweg auf die Prioritätenliste für die Sanierung gesetzt worden.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass die Bereitstellung der Mittel für die Sanierung aus dem Konjunkturpaket II erfolgen solle, im Ortsteil Holtwick aber nur zur Hälfte, da noch Restgelder aus dem Flurbereinigungsverfahren zur Verfügung stünden, die zur Hälfte der Kosten eingesetzt werden sollen.

Die Ausschussmitglieder stellten bei der Besichtigung immer wieder fest, dass sich enorme Fahrrinnen und Risse gebildet haben.

Bauhofleiter Averagesch stellte fest, dass die Wege insbesondere in Osterwick ursprünglich für eine Belastung von 6 – 7 t ausgelegt gewesen seien, inzwischen aber mit Maschinen befahren würden, die die Straßendecke mit 30 – 40 t Gewicht belasteten.

Ausschussmitglied Mensing erkundigte sich, ob man durch eine Gewichtsbeschränkung hier Abhilfe schaffen könne.

Am Netter Marktweg wies Fachbereichsleiter Wellner darauf hin, dass hier bereits ein Schild für eine Gewichtsbeschränkung aufgestellt worden sei. Leider würde diese Beschränkung aber nicht beachtet.

Eine von Ausschussmitglied Mensing vorgeschlagene Kontrolle hielt Fachbereichsleiter Wellner nicht für durchführbar.

Ausschussvorsitzender Schenk eröffnete die Sitzung des Planungs-, Bau und Umweltausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreter und die Vertreterin der Verwaltung sowie Frau Dircks von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellte die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

## **1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)**

### **1.1 Durchfahrt von LKW durch den Ortskern im Ortsteil Osterwick - Frau Everding**

Frau Everding erkundigte sich, unter welchen Bedingungen ein LKW einer ortsansässigen Firma die Ortsdurchfahrt im Ortsteil Osterwick nutzen dürfe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass dies nur unter der Bedingung zulässig sei, dass im Ortskern eine Anlieferung statt finde.

Frau Everding teilte mit, dass die betreffende Firma die Durchfahrt nutze, ohne eine Anlieferung zu tätigen.

Bürgermeister Niehues bat Frau Everding, ihm nach der Sitzung den Namen der Firma mitzuteilen. Man werde dort nachhaken und noch einmal auf die bestehende Regelung, die eine Nutzung der Umgehungsstraße erfordere, hinweisen.

## **2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO**

### **2.1 Kosten der Aufstellung der Schilder in den Bauernschaften - Herr Espelkott**

Ausschussmitglied Espelkott erkundigte sich nach den Kosten für die in letzter Zeit aufgestellten Schilder in den Bauernschaften.

Bürgermeister Niehues sagte zu, die genauen Kosten über das Protokoll mitzuteilen.

Antwort: Die Kosten für 21 Schilder beliefen sich auf insgesamt 1.124,55 € inkl. MwSt.

### **3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen**

Fachbereichsleiter Wellner berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen. Er wies dabei darauf hin, dass nach der Auslegung der Pläne zur 45. Änderung des Flächennutzungsplans 4 Stellungnahmen eingegangen seien, die bearbeitet werden müssten. Er gehe davon aus, dass eine endgültige Fassung erst in der Ratssitzung am 27. Mai 2010 verabschiedet werden könne.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### **4 Information über den Sanierungsbedarf an Wirtschaftswegen im Gemeindegebiet**

**Vorlage: VIII/119**

Ausschussvorsitzender Schenk verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/119 und bat Fachbereichsleiter Wellner um eine Stellungnahme.

Fachbereichsleiter Wellner bezog sich auf die zuvor durchgeführte Ortsbesichtigung und betonte nochmals die Dringlichkeit der Sanierung. Man habe die Wirtschaftswegen im Vorfeld intensiv in Augenschein genommen und habe dann entsprechende Prioritäten gesetzt. Hierbei habe man insbesondere die Funktion und Nutzung der Wege als Schul- und Radweg in den Vordergrund gestellt. Er hoffe, bis zur Ratssitzung am 25. März 2010 einen Beschlussvorschlag vorlegen zu können.

Ausschussmitglied Lembeck erkundigte sich, ob es richtig sei, dass man die Mittel aus dem Konjunkturpaket II verwenden könne, ohne dass der Haushalt genehmigt sei.

Kämmerer Isfort bejahte dies.

Fraktionsvorsitzender Mensing ergänzte die Frage von Ausschussmitglied Lembeck dahingehend, ob eine gesetzliche Grundlage für den Einsatz der Mittel ohne Entscheidung des Rates bestehe.

Kämmerer Isfort erklärte, dass die haushaltsrechtliche Zustimmung nicht die Willensbildung des Rates ersetze.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt fragte, ob es einen Masterplan für den eventuellen Rückbau von Wegen gebe. Er wies hier auf eine Pilotstudie des Kreises Höxter hin, der in enger Abstimmung mit Betroffenen und Nutzern ein Wegekonzept vorgelegt habe, das 850 km Wirtschaftswegen von insgesamt 2.300 km entbehrlich mache. Ihm sei klar, dass man die Prioritäten bei Schul- und Radwegen setzen müsse, aber vielleicht könne man schmalere Wege anlegen und den Ausbaustandard zurückfahren. Er wolle gern wissen, ob in diese Richtung bereits Überlegungen angestellt worden seien.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass es zurzeit solche Überlegungen nicht gebe. Viele der Wege seien gemeindeübergreifend. In Darfeld stehe das Flurbereinigerungsverfahren an, das noch zu Veränderungen führen könne.

Allgemeiner Vertreter Gottheil ergänzte, dass es in den Ortsteilen Holtwick und

Osterwick aufgrund des Flurbereinungsverfahrens einen planfestgestellten Wege- und Gewässerplan gebe, der so nicht zu ändern sei. Nur mit einem neuen Planfeststellungsverfahren könne man Veränderungen erreichen. Auch er wies noch einmal auf das im Ortsteil Darfeld anstehende Flurbereinungsverfahren hin.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt bezog sich auf seine Frage, ob man nicht einfach den Standard zurückfahren könne.

Kämmerer Isfort teilte mit, dass alle Wege bewertet worden seien. Bei Veränderungen könne es möglicherweise zu Abschreibungen kommen, die wiederum das Aufwandsergebnis verändern könnten. Dadurch könnte eventuell das HSK zerschlagen werden.

Fraktionsvorsitzender Weber forderte, ein System zu entwickeln, wie die Nutzer der Wege an den Kosten beteiligt werden könnten. Er bitte die Verwaltung zu prüfen, ob die Sonderabschreibungen beim Verfall von Wegen sich eventuell mit dem Erhaltungsaufwand die Waage halten würden.

Ausschussmitglied Tendahl plädierte dafür, wirklich nur die notwendigsten Reparaturen mit den vom Kämmerer im Haushalt bereit gestellten Finanzmitteln durchzuführen.

Kämmerer Isfort erläuterte, dass die aus dem Konjunkturprogramm II bereit gestellten Mittel nicht die normale Finanzsituation der Gemeinde wider spiegelten. Es sei richtig, die Konjunkturmittel dort einzusetzen, wo ein Aufwand entstehe. Auch im Bereich der Gebäudeunterhaltung kämen noch Kosten auf die Gemeinde zu. Er halte den von Fraktionsvorsitzendem Weber gestellten Prüfauftrag, wie eine spürbare Kostenbeteiligung der Anlieger und Nutzer erfolgen könne, für richtig.

Fraktionsvorsitzender Mensing widersprach der Äußerung von Ausschussmitglied Tendahl und betonte, dass der Rat die Mittel im Haushalt bereit stelle und nicht der Kämmerer.

Ausschussvorsitzender Schenk stellte fest, dass ein Beschlussvorschlag entfalle.

Fachbereichsleiter Wellner sagte zu, den Fraktionen zu den Fraktionssitzungen einen Beschlussvorschlag vorzulegen.

Ausschussmitglied Lembeck wollte wissen, wie hoch die Kosten für eine komplette Sanierung aller Wirtschaftswege seien.

Fachbereichsleiter Wellner teilte mit, dass sich die Gesamtkosten für sanierungsbedürftige Wege auf ca. 1,2 Mio. € belaufen würden.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass für die vor der Sitzung besichtigten Wege eine Summe von ca. 300.000 € veranschlagt worden sei.

Fraktionsvorsitzender Mensing kritisierte an dieser Stelle, dass die Ausschreibung für die Sanierung der Wirtschaftswege bereits erfolgt sei, ohne dass der Rat eine Entscheidung dazu getroffen habe.

Bürgermeister Niehues begründete das damit, dass die nächste Ratssitzung, in der über die Vergabe von Aufträgen entschieden werden könnte, erst im Mai 2010 stattfinde und bis dahin die Preise der Firmen möglicherweise stark ansteigen könnten. Die Ausschreibung sei in 10 Lose aufgeteilt worden, von denen auch einzelne wieder gestrichen werden könnten, wenn der Rat sich nicht für die Sanierung von allen zehn Wegen entscheide.

Fachbereichsleiter Wellner unterstrich diese Aussage damit, dass viele Firmen im Moment noch nichts zu tun hätten und quasi nur auf Angebote gewartet hätten. Er könne sagen, dass sich die Ausschreibung finanziell unbedingt gelohnt habe. Da die Mittel aus dem Konjunkturpaket haushaltsunabhängig seien, habe man so gehandelt.

Ausschussmitglied Espelkott erkundigte sich, ob man die Kosten für die einzelnen Wege auch einzeln auflisten und demnach einzelne Maßnahmen streichen könne.

Fachbereichsleiter Wellner erklärte, dass dies schwierig werde, da man zwar einzelne Lose zur Ausschreibung gegeben habe, aber für die Firmen eine Staffelung von 2, 3, 4, oder 5 Losen vorgegeben habe, um preisgünstige Angebote zu erhalten. Entsprechend seien die Angebote der Firmen gemacht worden.

Fraktionsvorsitzender Mensing betonte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich, dass letztendlich der Rat über den Einsatz der Mittel aus dem Konjunkturpaket II entscheide.

**5**      **4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Nord-West" im Ortsteil Darfeld**  
**hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3**  
**Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss**  
**gemäß § 10 BauGB**  
**Vorlage: VIII/112**

Ausschussvorsitzender Schenk verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/112 und bat um Wortmeldungen zum Thema.

Ausschussmitglied Weber erkundigte sich, wie viele Grundstücke im betreffenden Baugebiet noch frei seien.

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass insgesamt noch acht oder neun Grundstücke zum Verkauf stünden.

Ausschussmitglied Weber schlug vor, den Bebauungsplan dahingehend zu ändern, die Firstrichtung grundsätzlich frei zu geben und nicht wie vorgeschlagen nur für 4 Grundstücke. Möglicherweise vereinfache man dadurch die Vermarktung.

Allgemeiner Vertreter Gottheil wies darauf hin, dass es zwei weitere Interessenten für Grundstücke gebe. Auch hier sei eventuell eine Bebauungsplanänderung erforderlich, die aber nicht mit der Firstrichtung zusammenhänge, sondern mit dem geplanten Fußweg. Genaueres könne er aber hier noch nicht mitteilen. Er sehe also keine Notwendigkeit, den jetzigen Beschlussvorschlag zu ändern.

Abschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Nord West", Ortsteil Darfeld, wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10 und 13 des Baugesetzbuches (BauGB) und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem

der Sitzungsvorlage Nr. VII/112 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ausschussmitglied Weber bat nach der Abstimmung nochmals darum, bei einer eventuellen weiteren Bebauungsplanänderung auch die Freigabe der Firstrichtung zu prüfen.

**6 Widmung öffentlicher Verkehrsflächen gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes NRW (StrWG NRW)  
Vorlage: VIII/114**

Fraktionsvorsitzender Weber erkundigte sich nach der rechtlichen Bedeutung des Begriffs „Anliegerstraße“.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass eine Anliegerstraße eine Gemeindestraße mit dem Zweck einer Wohngebietserschließung sei.

Kämmerer Isfort erläuterte dazu, dass sich z. B. bei der Gebührenerhebung für die Straßenreinigung Unterschiede daraus ergäben, ob es sich um eine Anlieger- oder eine andere Straße handele. Dies sei im KAG (Kommunalabgabengesetz) verankert.

Fraktionsvorsitzender Weber bat darum, ihm dazu allgemeine Informationen zukommen zu lassen.

Bürgermeister Niehues sagte zu, einen Auszug aus dem Straßen- und Wegegesetz zur Verfügung zu stellen.

Ausschussmitglied Espelkott fragte, ob die Abnahme der Schleestraße durch die Gemeinde erfolgt sei.

Dies wurde von Fachbereichsleiter Wellner bestätigt.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, ob für die Schleestraße als Stichstraße auch Beiträge von den anderen Anliegern gezahlt werden müssten.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass öffentliche Flächen keine beitragspflichtigen Flächen seien und somit auf die anderen Anlieger keine erhöhte Belastung zukomme.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte, ob die Kostenbescheide für die Anlieger der Straße „In de Kämp“ bereits erstellt worden seien.

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass die Anliegerbeiträge bereits über Ablöseverträge gezahlt wurden. Er teilte weiter mit, dass mit den Anliegern der Schleestraße vereinbart worden sei, die Kosten nicht wie üblich zu 90 % sondern zu 100 % zu übernehmen.

Abschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der zurzeit geltenden Fassung werden nachfolgend aufgeführte Flächen als Gemeindestraßen im Sinne von § 3 Absatz 1 StrWG NRW für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

01 "Schleestraße" (Stichstraße) teilweise

Gemarkung Holtwick, Flur 6, Flurstück 355 teilweise, Anliegerstraße

02 "In de Kämp" teilweise im Baugebiet "Haus Holtwick"

Gemarkung Holtwick, Flur 8, Flurstück aus 239 teilweise, Anliegerstraße

Die vorbezeichneten Flächen sind in den als Anlage I und Anlage II zur Sitzungsvorlage VIII/114 beigefügten Lageplänen schraffiert dargestellt und werden mit Rechtsbehelfsbelehrung versehen öffentlich bekannt gemacht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**7 Antrag von Anliegern und Anwohnern der Schöppinger Straße zum Bau eines Bürgerradweges an der Schöppinger Straße (L 582) im Ortsteil Osterwick  
Vorlage: VIII/111**

Ausschussvorsitzender Schenk verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/111 und bat Herrn Willi Isfort als Sprecher der Anlieger und Anwohner der Schöppinger Straße um Darstellung des Vorhabens.

Herr Willi Isfort verwies auf den schriftlich eingereichten Bürgerantrag vom 15. Dezember 2009 und erläuterte den Wunsch der Anlieger nach einem Radweg an der Landstraße L 582 vom Kreisverkehr bis zur Kreisgrenze auf einer Länge von ca. 1.900 m mit einer Fortführung auf dem Gebiet der Gemeinde Schöppingen mit einer Länge von ca. 400 m. Dieser Radweg sei aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens und der Unfallhäufigkeit dringend erforderlich.

Es seien bereits Vorgespräche mit den Grundstückseigentümern erfolgt, die bereit seien, die erforderlichen Flächen zur Verfügung zu stellen. Anlieger und Anwohner seien bereit, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten am Ausbau zu beteiligen. Mitglieder des Schützenvereins St. Marien Brock hätten ebenfalls ihre Unterstützung zugesagt. Herr Isfort bat den Ausschuss um Zustimmung für den Antrag.

Ausschussmitglied Espelkott teilte mit, dass die WIR-Fraktion diesen Antrag begrüße und unterstütze.

Fraktionsvorsitzender Weber bekundete für die GRÜNEN-Fraktion auch Zustimmung, fragte aber in diesem Zusammenhang nach, ob die Gemeinde die Kosten für die Pachten trage.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass es sich hier um eine Fläche von ca. 6.000 qm handele und der landwirtschaftliche Pachtzins sich auf einige hundert Euro belaufen werde.

Ausschussmitglied Lembeck teilte mit, dass auch die CDU-Fraktion diesen Antrag befürworte. Er wollte wissen, für welche Zeit die Pachtverträge abgeschlossen würden.

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass die Zweckbindungsfrist 25 Jahre betrage, d.h. dass der Radweg so lange bei der Gemeinde bleibe.

Ausschussmitglied Tendahl wies darauf hin, dass es sinnvoll sei, beim Bau des Weges ein Leerrohr für ein Breitbandkabel in einer Tiefe von 60 cm mitzulegen, damit nicht später eine weitere Baumaßnahme getätigt werden müsse.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt begrüßte für die SPD-Fraktion den Bau dieses Weges, auch wenn die Zustimmung mit Bauchschmerzen erteilt werde, da die Folgekosten in Form von Pacht und Pflege nicht abzusehen seien.

Abschließend fasste der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

1. Die Gemeinde Rosendahl begrüßt den von den Anliegern und Anwohnern der Schöppinger Straße geplanten Bau des Bürgerradweges an der Schöppinger Straße (L 582) im Ortsteil Osterwick.
2. Die Gemeinde Rosendahl ist bereit, als Maßnahmenträger für den gemeindeübergreifenden Bürgerradweg mit einer Gesamtlänge von ca. 2.150 m (davon etwa 300 m auf dem Gebiet der Gemeinde Schöppingen) aufzutreten.
3. Für die Realisierung der Baumaßnahme werden neben der bereitzustellenden Landeszuwendung in Höhe von 90.000 € weitere Eigenmittel der Gemeinde Rosendahl aufgrund der derzeitigen Finanzsituation nicht zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8 Umbau des gemeindlichen Gebäudes Hauptstraße 23 im Ortsteil Osterwick zu einer Arztpraxis und Schaffung von Parkplätzen auf den benachbarten Grundstücken Hauptstraße 25 und 27**  
**Vorlage: VIII/118**

Ausschussvorsitzender Schenk verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/118. Sie sei versehentlich als nichtöffentlich gekennzeichnet, sei aber öffentlich.

Bürgermeister Niehues erläuterte noch einmal die schon in der Ratssitzung vom 28. Januar 2010 vorgestellten Pläne zum Umbau des gemeindlichen Gebäudes Hauptstraße 23 zu einer Arztpraxis. Zu den geplanten Umbauten gehöre die Einrichtung eines zweiten Fluchtweges, verschiedene Abbrucharbeiten, die Errichtung neuer Wände und die Einrichtung eines Patienten-WCs. Diese Maßnahmen seien mit Kosten von 30.000 € im Haushaltsplan veranschlagt. Die Refinanzierung solle über Mieteinnahmen in einem Zeitraum von 5 Jahren geschehen. Weiter sollen zur Schaffung der notwendigen Stellplätze die benachbarten Gebäude Hauptstraße 25 und 27 abgerissen werden. Das Abbruchmaterial solle recycelt werden und dann als Schotter auf die Parkfläche aufgebracht werden, so dass ein provisorischer Parkplatz entstehe, auf dem möglicherweise dann in 4 – 5 Jahren ein Ärztehaus entstehen könne.

Fraktionsvorsitzender Weber lobte ausdrücklich das Engagement des Bürgermeisters, teilte aber mit, dass er mit der Subvention des Vorhabens Probleme habe. Er

schlage eine vertragliche Regelung vor, dass die entstanden Kosten zu 100 % mit Zinsen zurückgezahlt werden müssten, da er Sorge habe, dass der Arzt vielleicht nach 2 Jahren seine Praxis schließe. Das Ärztehaus wolle er nicht, daher seien ihm die Abbruchkosten in Höhe von 40.000 € zu viel. Dazu werde er ganz klar nein sagen.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass keine Gefahr bestehe, dass der Arzt nach 2 Jahren Rosendahl verlasse. Durch den Zuschuss vom Ministerium sei Dr. Schapiro eine zehnjährige Verpflichtung eingegangen, die ihn für diese Zeit an die Gemeinde binde. Daher habe man sich für einen 5-jährigen Mietvertrag entschieden, der dann bei Bedarf verlängert werden könne.

Auf die Einrichtung von Parkplätzen könne man nicht verzichten, da die Hauptstraße eine Landstraße sei, auf der man keinen Parkraum zur Verfügung stellen könne. Die Abbruchkosten würde jeder zukünftige Investor der Gemeinde beim Verhandeln des Grundstückskaufpreises abziehen.

Fraktionsvorsitzender Mensing bedankte sich ebenfalls für das Engagement von Bürgermeister Niehues. Es sei wichtig, die ärztliche Versorgung sicher zu stellen. Da diese gerade im ländlichen Bereich schwierig sei, unterstütze seine Fraktion auch den Umbau des gemeindlichen Gebäudes. Allerdings sehe sie nicht die Notwendigkeit, die benachbarten Gebäude abzureißen. Parkplätze könnten auch am ehemaligen Steiner-Markt (Reinersmann-Gebäude), an der Straße „Elsen“ oder an der Apotheke genutzt werden. Daher werde man nicht für den Abbruch stimmen.

Bürgermeister Niehues betonte, dass der Kreis Coesfeld die Bereitstellung von Parkplätzen zur Bedingung mache, um die Nutzungsänderung zu erteilen, die für den Bau der Praxis notwendig sei.

Fraktionsvorsitzender Mensing gab zu bedenken, dass die Zahl der geplanten Parkplätze viel zu hoch sei. Auch vor den bestehenden Praxen von Herrn Förster und Dr. Matthay gebe es nicht so viel Parkraum.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erkundigte sich nach den bestehenden Restwerten der Gebäude Hauptstraße 25 und 27.

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass für das Gebäude Hauptstraße 25 ein Restwert von ca. 10.000 € bestehe, das Gebäude Hauptstraße 27 keinen Restwert mehr habe.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt teilte mit, dass auch seine Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung so nicht mittragen könne. Er bitte darum, die Schließung des beabsichtigten Mietvertrages mit in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Ausschussmitglied Lembeck begrüßte ebenso wie die anderen Fraktionen den Einsatz von Bürgermeister Niehues. Seine Fraktion halte den Umbau des Gebäudes zur Arztpraxis für sehr wichtig, ebenso könne man den Abriss der benachbarten Gebäude mittragen, da dies einerseits den Ortskern schöner mache und man andererseits doch wisse, dass Patienten doch am liebsten direkt vor der Tür einer Praxis parken möchten. Die CDU-Fraktion stimme also beiden Punkten des Beschlussvorschlages zu.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt stellte den Antrag, die Beratung über die genannten Punkte in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verlegen, um die Inhalte des Mietvertrages besprechen zu können.

Nachdem Bürgermeister Niehues die Dringlichkeit begründet hatte, ließ Ausschussvorsitzender Schenk über folgenden Antrag **abstimmen**:

Die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung wird unter TOP 3 um folgenden Punkt erweitert:

**Umbau des gemeindlichen Gebäudes Hauptstraße 23 im Ortsteil Osterwick zu einer Arztpraxis und Schaffung von Parkplätzen auf den benachbarten Grundstücken Hauptstraße 25 und 27.**

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung verschieben sich dadurch um einen Punkt nach hinten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9 Haushaltsplan für das Jahr 2010**  
**hier: Beratung der Produkte in der Zuständigkeit des Ausschusses**  
**Vorlage: VIII/115**

Kämmerer Isfort ließ zunächst eine Liste mit einer Übersicht über den rechtlichen Bindungsgrad von Haushaltsmitteln und deren betragsmäßiger Größe verteilen (**Anlage I**). Er erläuterte hierzu, dass die insgesamt für 2010 veranschlagten Aufwendungen in Höhe von rund 21,3 Mio. € mit einem Teilbetrag von rund 18 Mio. € fremdbestimmt seien. Fremdbestimmt in diesem Zusammenhang bedeute, dass weder hinsichtlich der Veranlassung zur Tätigkeit dieser Aufwendungen noch im Hinblick auf deren Umfang für die Gemeinde Gestaltungsspielraum bestehe. Lediglich für einen Teilbetrag von rund 3,2 Mio. € bestünden für die Gemeinde gestalterische Spielräume. Wenn man aber bedenke, dass aus dem verbleibenden Betrag neben dem Aufwand für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der gemeindlichen Gebäude und Infrastruktur z.B. auch die Betriebskostenzuschüsse für die Kindergärten in der Gemeinde und die Zuschüsse an die öffentliche Vereine und Verbände erbracht werden, so sei die Gestaltbarkeit auch für diesen Bereich deutlich eingeschränkt.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erkundigte sich nach den Auswirkungen der Erhöhung der Jugendamtsumlage.

Kämmerer Isfort machte klar, dass HSK einen ausgeglichenen Haushalt bis Ende 2014 verlange. Die erhöhte Jugendamtsumlage belaste nur im Jahr 2010 den Haushalt, so dass der Ausgleich bis 2014 nicht gefährdet werde.

Ausschussvorsitzender Schenk bat darum, dieses Thema im HFA weiterzuverfolgen.

**Produkt 10 – Gebäudemanagement**  
HSK S.18

Ausschussmitglied Espelkott fragte, warum bei der Position 10-524120, Gas und sonstige Brennstoffe die Ansätze für die Jahre 2010 bis 2013 nicht stärker sinken würden.

Allgemeiner Vertreter Gottheil bat darum, zu berücksichtigen, dass Kosten für die

neu erbaute Mensa dazu gekommen seien. Außerdem seien die Preise für Holzhackschnitzel um ca. 10 % angestiegen.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilte seine Erwartung mit, dass die Heizungssanierungen bei den Heizkosten zu einer spürbaren Senkung führen müssten und beantragte für die WIR-Fraktion, den Ansatz für diese Position ab 2010 um 25.000 € auf 150.000 € herabzusetzen.

Kämmerer Isfort gab zu bedenken, dass die Bedarfe planerisch errechnet worden seien. Der Ansatz sei gegenüber der Mittelanforderung schon deutlich herabgesetzt worden.

Bürgermeister Niehues bat darum, an die letzten relativ milden Winter zu denken. Dadurch seien die Kosten für Gas und Brennstoffe geringer gewesen. Man solle an die Schulen denken, die möglicherweise ab November 2010 nicht mehr geheizt werden könnten, wenn der Ansatz auf 150.000 € reduziert würde.

Allgemeiner Vertreter Gottheil versicherte, dass sehr sparsam gewirtschaftet würde. Die Hausmeister seien angewiesen, nach Möglichkeit die Heizungen abzustellen. Die Holzhackschnitzelheizung sei immer noch günstiger als eine Gasheizung.

Ausschussmitglied Lembeck forderte die Ausschussmitglieder auf zu bedenken, dass die Heizkosten in allen Bereichen gestiegen seien.

Kämmerer Isfort erklärte daraufhin die Verbindlichkeit des Haushaltsrechts. Die Überschreitung eines Ansatzes sei nur möglich, wenn eine Gegenfinanzierung gegeben sei. Da die Ansätze schon im Vorfeld gekürzt worden seien, müsse man im Falle einer zu geringen Veranschlagung gegebenenfalls einen Nachtragshaushalt erstellen.

Fraktionsvorsitzender Mensing bestand auf seiner Forderung, dass durch die neuen Heizungen Einsparpotentiale möglich sein sollten und wiederholte seinen Antrag, den Ansatz auf 150.000 € herabzusetzen.

Ausschussmitglied Lembeck erklärte, dass mit der Aufstellung eines Nachtragshaushaltes auch Kosten verbunden seien, die die Gemeinde dann im nächsten Winter einholen würden.

Fraktionsvorsitzender Weber schlug vor, dass sich die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses in Zukunft mehr in einzelne Posten einarbeiten sollten. Ein Einspareffekt müsse sichtbar sein.

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass man an die Kosten denken müsse, die zusätzliche Zählerablesungen, mit denen man den Energieverbrauch kontrollieren könne, verursachen würden.

Ausschussvorsitzender Schenk ließ über den Antrag der WIR-Fraktion, den Ansatz im HSK S. 18, Aufwand für Gas und sonstige Brennstoffe, auf 150.000 € zu reduzieren, **abstimmen:**

Abstimmungsergebnis:      2 Ja Stimmen  
   4 Nein Stimmen  
   3 Enthaltungen

Damit war dieser Antrag **abgelehnt**.

Kämmerer Isfort wies auf die Änderungsliste zum Haushalt 2010 (Anlage 2 S.1) und auf das HSK S. 18/19, Erträge aus Kostenerstattungen für die Vereine. Hier ergebe sich ein Konsolidierungspotential von 45.190 €.

Bürgermeister Niehues machte hier den Vorschlag, die Ziffer 1 im HSK S. 18/19 zu streichen, und stattdessen ab 2012 eine freiwerdende Stelle am Bauhof aufzugeben. Die eingesparte Summe entspreche in etwa dem genannten Konsolidierungspotential. Die Sportvereine müssten aber die komplette Pflege der Rasenplätze und der Grünanlagen übernehmen. In Gesprächen mit den 3 Vorsitzenden der Sportvereine hätten diese bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft dazu erklärt. Der Maschineneinsatz müsse aber weiter über den Bauhof erfolgen, so dass auch die Treibstoff- und Reparaturkosten weiter bei der Gemeinde blieben. Er schlage vor, bereits in 2011 eine Testphase zu starten, wenn der Bauhofmitarbeiter noch da sei und ab 2012 die Rasenplätze komplett in die Verantwortung der Vereine zu übergeben.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass die WIR-Fraktion diesen Vorschlag mittragen könne. Er fragte, wie es mit den Belastungen für die Heimatvereine Darfeld und Holtwick und den Torhausverein aussehe.

Kämmerer Isfort erklärte, dass er aufgrund der bisher in den Ausschüssen gefassten Beschlüsse schon einmal eine Berechnung angestellt habe. Dabei sei bereits eine Verbesserung des Jahresergebnisses in 2013 um 33.000 € abzusehen. Daher könne man auch hier die im HSK S. 19 vorgesehenen Belastungen streichen.

Ausschussmitglied Lembeck teilte mit, dass auch die CDU-Fraktion den Vorschlag für den Einsatz von „Manpower“ bei den Sportvereinen für gut befände. Die Heimatvereine hätten signalisiert, dass sie eine Kürzung von 50 % der Zuschüsse verkraften könnten. Er gehe davon aus, dass sie auch die im HSK geplante Belastung tragen könnten und schlug vor, diese für die Heimatvereine so stehen zu lassen.

Kämmerer Isfort wies darauf hin, dass die Situation der Heimatvereine nicht mit denen der Sportvereine zu vergleichen sei.

Bürgermeister Niehues machte den Vorschlag, die Ziffer 1 aus dem HSK S. 18/19 komplett zu streichen.

Fraktionsvorsitzender Mensing unterstützte diesen Vorschlag und bat darum die Heimatvereine komplett aus der Diskussion herauszuhalten.

Ausschussmitglied Lembeck signalisierte daraufhin die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Vorschlag, die Ziffer 1 im HSK S. 18/19 komplett zu streichen.

Ausschussvorsitzender Schenk ließ sodann über den Vorschlag, die Ziffer 1 im HSK S. 18/19 komplett zu streichen, dafür aber im Stellenplan eine Stelle am Bauhof mit einem „kw“ Vermerk zu belegen, **abstimmen:**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Damit war dieser Vorschlag **angenommen**.

Ausschussmitglied Espelkott erkundigte sich, warum im HH-Plan S. 114 unter der Position 12-724170 die Reinigungskosten für 2010 geringer angesetzt worden seien als im Vorjahr und in den kommenden Jahren noch weiter sinken würden.

Kämmerer Isfort vermutete, dass hier bereits eine interne Kürzung vorgenommen

worden sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil bestätigte dies, da die angemeldeten Mittel ursprünglich 156.000 € betragen hätten.

Ausschussmitglied Lembeck stellte den Antrag, im HH-Plan S. 116 den Ansatz für die Position 01015.785100 Bau einer Werkhalle an der Verbundschule zu streichen.

Ausschussvorsitzender Schenk ließ über diesen Antrag **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Damit war dieser Antrag **angenommen**.

Fraktionsvorsitzender Mensing erkundigte sich, was sich hinter der Position 11009030 HH-Plan S. 116, Erweiterung Haupt- u. Verbundschule, verberge.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte, dass im Jahr 2009 zunächst ein Ansatz von 510.000 € in den Haushalt eingestellt worden sei. Dazu seien Mehrkosten für die Standortverlagerung des Baukörpers in Höhe von 60.000 € bewilligt worden, weiterhin 25.500 € für eine Baustraße und Brandschutzrollade sowie 50.000 € im Rahmen einer Verpflichtungsermächtigung für die Erstellung von Außenanlagen. Somit habe eine Gesamtsumme von 645.500 € an Haushaltsmitteln zur Verfügung gestanden habe. Abzüglich geleisteter Zahlungen in Höhe von 310.160 €, habe man die Restsumme von 335.340 € im Haushalt 2010 erneut veranschlagt.

Ausschussmitglied Lembeck bat die Verwaltung zu prüfen, wie es mit einer Budgetierung der Vereinszuschüsse aussehe.

Kämmerer Isfort erklärte, dass ein solcher Auftrag deutlich mehr Produkte umfasse, als in diesem Ausschuss zur Beratung anstünden.

Daraufhin verwies Ausschussvorsitzender Schenk auf die kommende HFA-Sitzung und bat darum, diese Frage dort zu thematisieren.

Kämmerer Isfort verwies sodann auf die Änderungsliste zum Haushaltsplan, Anlage VIII.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte hierzu, dass im Rahmen der Prävention von Amokläufen einige Zusatzpositionen aufgenommen werden mussten.

Fraktionsvorsitzender Mensing wies darauf hin, dass man keine unsinnigen Maßnahmen treffen solle.

Allgemeiner Vertreter Gottheil betonte, dass es mehrere Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Polizei und Frau Pepponis vom Kreis Coesfeld gegeben habe. Dabei sei der Gemeinde Rosendahl attestiert worden, dass sie mit ihren Maßnahmen und Plänen auf einem guten Weg sei.

Ausschussvorsitzender Schenk wollte wissen, ob diese Änderungsliste dem Haushaltsplan hinzugefügt werde.

Kämmerer Isfort erklärte, dass nach Berücksichtigung aller Beschlüsse aus den verschiedenen Ausschüssen, die komplette Liste in den Haushaltsplan eingearbeitet werde.

Ausschussvorsitzender Schenk ließ sodann über die Genehmigung des gesamten Produktes 10 unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen einschließlich des HSK **abstimmen:**

Abstimmungsergebnis: 4 Ja Stimmen  
1 Nein Stimme  
4 Enthaltungen

**Produkt 51 – Bauhof**  
HSK S. 52

Ausschussmitglied Lembeck fragte, wie es mit der Leistung des Winterdienstes aussehe, wenn am Bauhof eine Stelle wegfalle.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass natürlich so weit wie möglich versucht werden solle, den Dienst mit eigenen Leuten aufrecht zu erhalten. Sollten aber Engpässe entstehen, werde man eventuell auch externe Hilfen in Anspruch nehmen.

Ausschussmitglied Tendahl erkundigte sich, ob die Gemeinde diese Hilfen bereits „in petto“ habe.

Bürgermeister Niehues verneinte dieses, hielt es aber für kein Problem, Landwirte und Unternehmer für den Winterdienst einzusetzen, so wie der Landesbetrieb Straßen.NRW dies schon praktiziere.

Fraktionsvorsitzender Mensing wollte wissen, wieso bei der Position 525100 Treibstoffe eine Kürzung für 2010 und die folgenden Jahre vorgenommen worden sei. Gerade die Streusalzfahrzeuge seien doch im letzten Winter extrem oft im Einsatz gewesen. Er fragte, ob es sein könne, dass ab November 2010 dann keine Streufahrzeuge mehr führen, wenn kein Geld für Treibstoff mehr da sei.

Kämmerer Isfort erklärte, dass die Streichung mit Fachbereichsleiter Wellner abgeprochen worden sei und es bei einem weiteren Anstieg der Benzinpreise tatsächlich knapp werden könne. Die Entscheidung sei aber so getroffen worden.

Ausschussmitglied Lembeck versicherte in diesem Zusammenhang, dass auch die Feuerwehrfahrzeuge weiterführen, obwohl man auch hier Kürzungen vorgenommen habe. Er erkundigte sich sodann was sich hinter der Position 4511101 Anschaffung Maschinen, technische Anlagen Fahrzeuge und folgende (S. 313) verberge.

Fachbereichsleiter Wellner erklärte, dass es sich hier um einen fiktiven Ansatz handle, der sicherstellen solle, dass man eventuell auch einmal eine größere Maschine oder ein größeres Fahrzeug anschaffen könne.

Ausschussvorsitzender Schenk ließ sodann über das Produkt 51 **abstimmen:**

Abstimmungsergebnis: 4 Ja Stimmen  
2 Nein Stimmen  
2 Enthaltungen

*Fraktionsvorsitzender Mensing war zu dieser Abstimmung nicht anwesend.*

**Produkt 53 – Räumliche Planung und Entwicklung**

Zu diesem Produkt gab es keine Wortmeldungen.

Ausschussvorsitzender Schenk ließ über das Produkt 53 **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis:      6 Ja Stimmen  
                                     2 Nein Stimmen  
                                     1 Enthaltung

#### **Produkt 54 – Bauen und Wohnen**

Zu diesem Produkt gab es keine Wortmeldungen.

Ausschussvorsitzender Schenk ließ über das Produkt 54 **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis:      6 Ja Stimmen  
                                     2 Enthaltungen

*Ausschussmitglied Kreuzfeldt war zu dieser Abstimmung nicht anwesend.*

#### **Produkt 57 – Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen**

HSK S. 55

Fraktionsvorsitzender Mensing bat die Verwaltung zu prüfen, inwieweit bei weiteren öffentlichen Flächen die Regenentwässerung über Vorfluter und Versickerungen geregelt werden könne.

Kämmerer Isfort gab hier zu bedenken, dass eine Kosteneinsparung durch geringere Aufwendungen auch geringere Erträge zur Folge habe und möglicherweise eine belastende Wirkung auf den Gebührenzahler entstehen könne.

Fraktionsvorsitzender Weber wies auf die geplante Untersuchung der Bäume an der Legdener Straße hin und fragte, unter welcher Position die Kosten für die Untersuchungsmaßnahme veranschlagt seien.

Fachbereichsleiter Wellner erklärte, dass diese Untersuchungskosten nicht dezidiert im Haushalt enthalten seien. Sie müssten über andere Positionen aufgefangen werden. Entgegen der anwaltlichen Darstellung werde diese Sache auch schon bearbeitet.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte, ob es schon einen Kostenvoranschlag für das eventuelle Fällen der Bäume gebe.

Fachbereichsleiter Wellner antwortete, dass man hier erst das Prüfergebnis abwarten müsse.

Ausschussmitglied Lembeck bat die Verwaltung zu prüfen:

1. ob beim Straßenbau grundsätzlich Leerrohre für eine später anstehende Verkabelung mitverlegt werden sollten,
2. inwieweit der Ausbau der Handwerker Straße vorangetrieben werden könne, evtl. mit Unterstützung der dortigen Anlieger.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte die Planung und Durchführung zum Bau

eines Radweges an der K 32. Die Maßnahme sei in 2 Bauabschnitte unterteilt worden, für die jeweils ein Bewilligungsbescheid dem Kreis vorliege. Für den II. Bauabschnitt (von L 571 bis K 41) sei die Entscheidung bereits getroffen worden. Der Radweg werde derzeit bereits gebaut. Für den I. Bauabschnitt stünden die Mittel im Moment nicht zur Verfügung. Hier verwies er zunächst auf den Aktenvermerk Anlage XII der 1. Änderungsliste. Eine kostengünstigere Verwirklichung durch zeitgleiche Baumaßnahme mit der Straßen- bzw. Deckenerneuerung durch den Kreis Coesfeld sei möglich; darüber hinaus sei nach Gesprächen mit dem Kreis Coesfeld eine Kostenbeteiligung für die Grabenverrohrung angedacht. Im Einzelnen wurde weiter auf die Ergänzungsvorlage VIII/115/1 verwiesen.

Kämmerer Isfort erläuterte die Bedeutung der Möglichkeit einer Verpflichtungsermächtigung des Bürgermeisters. Man könne die Maßnahme damit nach hinten schieben und mit den Arbeiten beginnen, sobald das Geld zur Verfügung stehe.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass er keine Verpflichtungsermächtigung bis 2014 erteilen wolle.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt betonte, dass er die Notwendigkeit dieses Radweges absolut nicht sehe.

Ausschussmitglied Lembeck bat die Verwaltung zu prüfen, ob die Radwegeführung ohne Verrohrung möglich sei und ob die Möglichkeit einer Teilverwirklichung bestehe. Weiter wollte er wissen, ob die Straßenerneuerung durch den Kreis auf jeden Fall stattfinden werde.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass es keine alternative Führung des Radweges (z.B. durch den Waldrand) gebe und auch keine Teilverwirklichung möglich sei. Der Kreis werde die Straßendecke auf jeden Fall erneuern. Wenn die Gemeinde die Kostenbeteiligung ablehne, werde der Radweg nicht gebaut. Diese Erklärung sei aber jetzt notwendig.

Den bereits vorliegenden Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung zurückzunehmen und dann später eine erneute Bewilligung zu erteilen, sei nicht möglich.

Fraktionsvorsitzender Weber plädierte dafür, das „Buch zuzumachen“ und den Bau des Radweges zu streichen.

*Ausschussvorsitzender Schenk unterbrach die Sitzung um 21:45 Uhr, um den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit zur Beratung zu geben.*

*Um 21:50 Uhr wurde die Sitzung fortgesetzt.*

Ausschussvorsitzender Schenk ließ sodann auf der Grundlage der von den Ausschussmitgliedern Kreuzfeldt und Weber vorgebrachten Wortbeiträge darüber **abstimmen**, die angedachte Maßnahme des I. Bauabschnitts des Radweges nicht zu realisieren:

Abstimmungsergebnis:            5 Ja Stimmen  
   4 Nein Stimmen

Damit war dieser Vorschlag **angenommen**.

Sodann forderte Ausschussvorsitzender Schenk unter Hinweis auf die im Vorfeld durchgeführte Ortsbesichtigung die Ausschussmitglieder auf, über das gesamte Produkt abzustimmen.

Fraktionsvorsitzender Mensing machte klar, dass seine Fraktion die Zustimmung hier nicht erteilen werde, da sie mit der veranschlagten Summe in Höhe von

300.000 € nicht einverstanden sei.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte, ob man das Geld aus dem Konjunkturpaket II auch für andere Zwecke benutzen könne.

Kämmerer Isfort erklärte, dass das grundsätzlich möglich sei, eine andere Maßnahme aber noch im Jahr 2010 beginnen müsse.

Ausschussmitglied Espelkott wollte wissen, ob man damit z.B. Sanierungen in den Feuerwehrgerätehäusern durchführen könne.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass die Heizungssanierungen in den Feuerwehrgerätehäusern ohnehin geplant seien und Mittel dafür bereitgestellt worden seien.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass man die Mittel aus dem Konjunkturpaket, die für die Sanierung der Wirtschaftswege bereitgestellt worden seien, nicht für die Schulen umfunktionieren könne.

Fraktionsvorsitzender Mensing schlug vor, hier mit einer Gemeinde zu tauschen, die noch Mittel im Schultopf habe.

Kämmerer Isfort erklärte, dass kein entsprechender Tauschpartner vorhanden sei und man schlecht Aufwand gegen Investitionen tauschen könne.

Bürgermeister Niehues zeigte Verständnis dafür, dass die Summe von 300.000 € zunächst sehr hoch erscheine. Man müsse aber diese Summe gedanklich auf 4 Jahre verteilen, das ergebe pro Jahr 75.000 €. Dabei sei zu bedenken, dass in dieser Zeit keine weiteren Mittel bereitgestellt werden könnten. Es werde viel teurer, wenn man notwendige Arbeiten jetzt hinausschiebe und später eine Totalsanierung erforderlich sei. Hier gebe es keine Alternative.

Ausschussmitglied Lembeck wies darauf hin, dass es sich hier nicht um kosmetische, sondern um dringend notwendige Reparaturen handle. Die Gemeinde habe hier eine Verkehrssicherungspflicht zu erfüllen.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, wozu denn die Summe im HH-Plan S. 344 unter Pos. 12-722100 in Höhe 85.000 € eingestellt sei.

Fachbereichsleiter Wellner erklärte, dass diese Summe nicht für die Sanierung der Wirtschaftswege, sondern für sonstige unumgängliche Unterhaltungskosten eingestellt worden sei.

Ausschussmitglied Espelkott bat die Verwaltung, den bereits ins HSK S.56 eingestellten Prüfauftrag dahingehend zu erweitern, dass nicht nur Anlieger, sondern auch Nutzer der Wirtschaftswege zu Beiträgen herangezogen werden.

Fraktionsvorsitzender Mensing bat die Verwaltung zu prüfen, ob die Satzung der Gemeinde Rosendahl dahingehend geändert werden könne, im Außenbereich eine Tonnagenbeschränkung einzurichten.

Ausschussvorsitzender Schenk ließ sodann über das Produkt 57 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:      4 Ja Stimmen  
   4 Nein Stimmen  
   1 Enthaltung

Die Entscheidung wurde an den HFA bzw. den Rat verwiesen.

### **Produkt 58 – Winterdienst**

Ausschussmitglied Espelkott fragte, wie lang die zu streuenden Schulbusstrecken seien.

Bürgermeister Niehues sagte eine Antwort über das Protokoll zu.

Antwort: Die zu streuenden Schulbusstrecken sind in zwei Touren zu 14,2 km und 13,3 km aufgeteilt, die einmal vom Bauhof Darfeld und einmal vom Bauhof Holtwick gefahren werden. Der Ortsteil Osterwick wird je zur Hälfte vom Bauhof Darfeld und vom Bauhof Holtwick versorgt.

Kämmerer Isfort verwies hier auf die Änderungsliste zum Haushaltsplan (Anlage 7) und die erhöhten Mehrkosten für Streusalz, die dort berücksichtigt wurden.

Anschließend ließ Ausschussvorsitzender Schenk über das Produkt 58 **abstimmen:**

Abstimmungsergebnis: 6 Ja Stimmen  
2 Nein Stimmen  
1 Enthaltung

### **Produkt 59 – Natur und Landschaftsschutz**

Ausschussmitglied Wilde erkundigte sich, was sich hinter der Summe von 5.950 € verberge, Position 13-525210 Erstattungen an Gemeinden (S. 354).

Fachbereichsleiter Wellner erklärte, dass es sich hier um Gutachterkosten für die Altablagerung der ehemaligen Deponie am Spielberg handele. Der Kreis Coesfeld habe im Zusammenhang mit dem Untersuchungsprogramm auf Altlasten, Bodenluftuntersuchungen in Auftrag gegeben. Diese hätten Hinweise auf Methan- und Kohlendioxidbildungen ergeben. Gefährdungen über die Wirkungspfade Bodenluft-Mensch lägen insofern vor, dass Methangasmigrationen in die unmittelbar angrenzende Wohnbebauung nicht auszuschließen seien. Weiterhin sei eine Gefährdung des Grundwassers möglich.

Da die Gemeinde Betreiber der Deponie gewesen sei, sei sie gem. § 4 Bodenschutzgesetz Verursacher und müsse die Kosten der weiteren Gutachten sowie der dann erforderlichen Maßnahmen zahlen. Welche Maßnahmen noch erforderlich und wie hoch die Kosten seien, könne jetzt noch nicht genau definiert werden. Dies ergebe sich erst aus dem zu erstellenden Gutachten.

Ausschussvorsitzender Schenk ließ sodann über das Produkt 59 **abstimmen:**

Abstimmungsergebnis: 6 Ja Stimmen  
1 Nein Stimme  
2 Enthaltungen

### **Produkt 60 – Öffentliche Grünflächen**

Zu diesem Produkt gab es keine Wortmeldungen.

Ausschussvorsitzender Schenk ließ über das Produkt 60 abstimmen:

Abstimmungsergebnis:      6 Ja Stimmen  
   1 Nein Stimme  
   2 Enthaltungen

*Da der Ausschuss über die Produkte jeweils einzeln abgestimmt hatte, wurde über den Gesamtbeschluss nicht mehr abgestimmt.*

## **10      Mitteilungen**

Fachbereichsleiter Wellner teilte mit, dass der von den Anliegern beantragte Radweg auf der Gemeindestraße Jägerheide im Ortsteil Darfeld verwirklicht werden könne. Die Maßnahme sei verwaltungsseitig gestrichen worden, aber die Anwohner hätten Sponsoren gefunden, die sie unterstützten. Für die Gemeinde Rosendahl entstünden keine Kosten.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt fragte, ob später Kosten für die Gemeinde entstehen könnten.

Fachbereichsleiter Wellner erklärte, dass hier keine Kosten erwartet würden.

## **11      Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)**

### **11.1    Patientenstammtisch - Frau Everding**

Frau Everding berichtete vom letzten gut besuchten Patientenstammtisch, bei dem sich der neue Arzt Dr. Schapiro vorgestellt habe.

Hier sei deutlich geworden, dass man sich auf die neue Arztpraxis freue, aber dass die Patienten auch Parkplätze unmittelbar an der Praxis erwarteten.

Sie appellierte an den Ausschuss, im Sinne der Patienten zu entscheiden.

Klaus Schenk  
Ausschussvorsitzende/r

Sabine Wisner-Herrmann  
Schriftführer/in